mieren und versuchen, dieselben frühzeitig der Organisation zuzuführen. Wir empfehlen die Herausgabe eines für diese Kreise berechneten Flugblattes. An Beiträgen haben dieselben 15 Pfg. wöchentlich zu zahlen, wofür ihnen die Zeitung und eine Krankenunterstützung gewährt wird. Die Beiträge werden ihnen später bei Eintritt in die höheren Beitragsklassen verrechnet.

München. Die Generalversammlung möge Mittel und Wege suchen um eine planmäßige Agitation unter jugendlichen Arbeitern und Lehrlingen betreiben zu können. Zu diesem Zwecke empfiehlt es sich, solchen, welche bereits ½ Jahr in die Lehrlingsklasse bezahlt haben und sofort nach Beendigung der Lehrzeit einer höheren Beitragsklasse beitreten, den Krankenunterstützungssatz der höheren Klasse zu gewähren.

Begründung: Es soll einem Lehrlinge, wenn er wenigstens 26 Beiträge à 10 Pfg. gezahlt hat und beim Eintritt in den Gehilfenstand in die höhere Klasse zu 35 Pfg. übertritt, im Krankheitsfalle die Unterstützung dieser Klasse gewährt werden. Es kann dieses zur erfolgreichen Agitation unten den Jugendlichen beitragen.

Zentralvorstand. Um den im Jahre 1908 in Würzburg getroffenen Beschlüssen zur Gewinnung der Jugend, eine erfolgreichere Zukunft zu verschaffen, wird der Vorsitzende des Verbandes beauftragt, ein Sonderreglement für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter, im Sinne der aufgestellten Leitsätze, der Generalversammlung zu unterbreiten. Die Satzungen sollen den Zahlstellen und Delegierten behufs Diskussionsaufnahme baldigst zugehen.

D. Verbandsorgan.

Barmen. Unser Verbandsorgan „Graphische Stimmen" wöchentlich erscheinen zu lassen.

Begründung: 1. daß im gewerkschaftlichen Leben bedeutend mehr vorkommt, als in der 14tägig erscheinenden Zeitung gedruckt werden kann. 2. halten wir die wöchentliche Erscheinung im Interesse einer besseren Agitation und Förderung unserer Bewegung unbedingt notwendig. 3. glauben wir, daß durch mehr gewerkschaftliche Vorträge nnd Leitartikel unsere Mitglieder bedeutend besser geschult werden und dann den Agitatoren der freien Gewerkschaften erfolgreicher entgegentreten können.

Wir bitten um Unterstützung unseres Antrages und hoffen, daß die Generalversammlung demselben ihre Zustimmung erteilen wird.

Köln. Unser Organ, die „Graph. Stimmen", ist achttägig herauszugeben und soll alle 14 Tage die 3. und 4. Seite als „Fachtechnische Rundschau" erscheinen. Letztere soll auch fortan 4seitig, also nur in verkleinertem Maßstabe herausgegeben werden.

Freiburg. Die Generalversammlung wolle beschließen, das Organ alle 8 Tage erscheinen zu lassen.

Begründung: Die Kollegen in Freiburg sind der Ansicht, daß es an der Zeit wäre, das Organ wöchentlich erscheinen zu lassen. Es wäre auf alle Fälle gut, wenn den Kollegen öfters gewerkschaftlicher Stoff unterbreitet würde. Dann aber auch bei Preßfehden mit den Gegnern wäre eine weit größere Schlagfertigkeit möglich. Ferner möchten wir vorschlagen, die „Fachtechnische Rundschau" nicht mehr als Sonderbeilage erscheinen zu lassen; sondern direkt in jeder Nummer unter „Fachtechnisches" diesen Stoff zu verwerten. Dadurch glauben wir, daß erstens mancher Kollege, der bisher (leider findet man dies noch häufig) dem Organ noch nicht die nötige Beachtung schenkte, sich künftig mehr zu demselben hingezogen fühlt und es auch in richtiger Weise würdigen wird. Zweitens wäre auch ohne weiteres schon Stoff vorhanden für das Organ und drittens kämen die Kosten für die Rundschau dem Organ zugute. Auch halten wir für angebracht, in der 1. Spalte ein Inhaltsverzeichnis einzuführen. Es wäre dies sehr zweckmäßig und das lästige Suchen nach einem älteren Artikel würde dadurch erleichtert.

Hillen-Köln. Die General-Versammlung möge beschließen: „Unser Organ die „Graphischen Stimmen" ist alle acht Tagen herauszugeben.

Die „Technische Rundschau" ist als Sonderbeilage aufzuheben. Dafür soll im Hauptorgan alle 14 Tage die 3. und 4. Seite als „Technische Rundschau" behandelt worden.

Der Kostenbetrag dieser Neueinrichtung ist entweder dadurch aufzubringen, daß die Beiträge der Sonderklasse, sowie der I. und II. Beitragsklasse um je 5 Pfg. erhöht werden, oder daß die Zahlstellen für die Zeitungen pro 2½ Pfg. zahlen. Lehrlinge und Mitglieder der IV. Klasse bleiben frei. Ebenso Agitationsnummern."

Gründe: Es dürfte an der Zeit, endlich auf dem Gebiete der Presse einen Schritt weiter zu gehen. Ueber die günstigen Wirkungen des 8tägigen Erscheinens eines Gewerkschaftsorgans, sind alle erfahrene Gewerkschaftler einig. Ich nenne nur kurz: Raschere Berichterstattung. Bessere Unterstützung bei Lohnbewegungen. Schnellere Zurückweisung von Angriffen gegnerischer Seite. Der Vertrauensmann hat weniger Mühe beim Erheben der Beiträge. Den Mitgliedern wird sowohl gewerkschaftlich als auch fachlich das Organ wertvoller. Sie werden sich mehr als bisher für ihren Verband interessieren und der Fluktuation wird mehr der Boden entzogen. Auch dürfte bei Gewinnung neuer Mitglieder ein wöchentlich erscheinendes Blatt gute Dienste leisten.

Gründe für die Deckungsfrage noch anzuführen dürfte ziemlich überflüssig sein. Daß man nicht dazu übergehen darf, die Zentralkasse auch mit diesen neuen Kosten zu belasten ist ohne weiteres klar. Unsere Unterstützungseinrichtungen sind hohe, mit Recht, in den nächsten Jahren werden gewiß durch die längere Mitgliedschaftsdauer, noch höhere Summen ausbezahlt werden. Kämpfe sind auch für die nächste Zukunft zu erwarten usw. Aber dennoch muß diese Neueinrichtung geschaffen werden. Der erste Vorschlag würde zweifellos für die Zentralkasse wertvoller sein. Aber ob es im gegenwärtigen Augenblick angebracht ist, dürfte bestritten werden. Da dürfte sich denn der zweite Vorschlag als der gangbarste Mittelweg erweisen.

Düllmen. Der Versammlungskalender soll künftig wegfallen.

Begründung: Infolge der Verschiedenartigkeit in den örtlichen Verhältnissen und der dadurch bedingten öfteren festgelegten Terminänderungen wird eine Bekanntgabe oft illusorisch. Auch wird demselben wenig Beachtung geschenkt und durch Wegfall ein großer Raum zu besseren Zwecken gewonnen.

E. Sonstige Anträge.

Düllmen. Die Abrechnungs-Formulare sollen von der Zentrale mit Namen und Buchnummer ausgefüllt werden.

Begründung: Damit die Vorstandsmitglieder einen genauen Ueberblick über das Restantenunwesen in den einzelnen Ortsgruppen bekommen, und die Mißstände leichter und durchgreifender beseitigt werden können.

Kempten. Die 3. Generalversammlung möge den Beschluß fassen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Zwangstarif der Chemigraphen zu bekämpfen.

Begründung. Der Chemigraphentarif zeigt im praktischen Leben einen systematischen Terrorismus, unter dem nicht nur die Arbeitgeber und -nehmer, sondern auch die Berufsinteressen stark zu leiden haben. Dieser Widerspruch jeder freiheitlichen Entwicklung schlägt tiefe Wunden in das Gewerbe selbst. Viele Chemigraphen unserer Gesinnung schmachten unter diesem Druck. An der Auflösung dieses Tarifmonopols zu arbeiten und hierzu alles aufzubieten, auch die parlamentarischen Körperschaften mobil machen, das ist eine Befreiungsarbeit! Darum soll unser Verband als direkt damit betroffener Faktor keine Gelegenheit unberücksichtigt lassen, und jede hierzu geeignete Instanz benutzen, um dieses Uebel, das auch zur Vernichtung der christlichen Gewerkschaften dienen soll, zu beseitigen.

Kempten. Es möge eine einzusetzende Kommission von 5 Mann die Frage erörtern, ob eine Verschmelzung der beiden Verbände: Graphischer Zentralverband und Gutenbergbund nicht im Bereich der Möglichkeit liege.

Begründung: Dieser Gedanke entspringt der praktischen Beobachtung. 1. Würde es eine Stärkung der beiden Verbände bedeuten. 2. Wäre in Anbetracht der vielen graphischen Firmen, wo alle Berufskollegen unter einem Dache sind, die Agitation infolge der Zusammengehörigkeit erleichtert und 3. würde sich die Entwickelung beider Verbände, geeint im „Graphischen Zentralverband", vorteilhafter wie bisher gestalten können, zum Nutzen der christlichen Arbeiterschaft.

Köln. Alle Aenderungen des Statuts haben erst Gültigkeit und Wirkung vom 1. Oktober d. Js. ab.

Köln. Die General-Versammlung möge beschließen, anstatt der vielen Absätze in den Paragraphen zur Uebersicht möglichst neue Paragraphen zu setzen.

Köln. Die General-Versammlung möge erwägen, den Namen „Zahlstelle" in „Ortsverein" umzuändern.

München. Die Generalversammlung möge sich mit der Frage beschäftigen, ob es möglich ist ein gemeinsames Adressen-Verzeichnis sämtlicher Zahlstellen christlich-graphischer Verbände Deutschlands, Oesterreich und der Schweiz herauszugeben. Gleichzeitig auch zwischen diesen genannten Organisationen die Vereinbarung zu treffen, daß das Mitgliedsbuch des Einzelnen in jedem der drei Verbände seine Gültigkeit hat.

Begründung: Das Adressenverzeichnis für Deutschland hat unter der gesamten Kollegenschaft allgemeine Befriedigung hervorgerufen.

Wir haben nun in unserem Verbande mit sehr viel jugendlichen Mitgliedern zu rechnen, die sich zur weiteren Ausbildung ins Ausland begeben, ganz besonders in die Schweiz und nach Oesterreich. Sie wissen dort nicht wohin sie sich zu wenden haben, bezügl. weiter zahlen ihrer Beiträge und es geht uns auf diese Weise manches Mitglied verloren. Umgekehrt ist es auch der Fall, daß organisierte Kollegen, die vom Auslande nach Deutschland kommen, sich nicht allzu große Mühe geben um die Adresse unserer Funktionäre zu erfahren und auf diesem Wege verloren gehen.

München. Die Generalversammlung möge inbezug auf Unterstützungs-Auszahlungen sich mit einem Statuten-Nachtrag befassen, die den einzelnen Funktionären ein klares Bild geben wie hoch die zur Auszahlung kommenden Unterstützungen betragen dürfen.

Nach den jetzigen Statuten kann ein Mitglied z. B. nach einer ½jährigen Mitgliedschaft eine Kranken-Unterstützung bis zu 18 Mk. und bei darauf folgender Arbeitslosigkeit eine Unterstützung im Höchstbetrage von 30 Mk. beziehen, also 48 Mk.

München. Der Zentralvorstand möge in solchen Fällen von Aussperrungen, wie die der Bauhandwerker, statt Sammellisten auszugeben, einen Extrabeitrag pro Mitglied erheben, eingeteilt nach den Beitragsklassen und zwar in folgender Weise: I. Klasse 30 Pfg., II. Klasse 20 Pfg., III. Klasse 15 Pfg., IV. Klasse 10 Pfg.

Begründung: Es wäre diese Einführung von Sammellisten vorzuziehen, da durch diese hauptsächlich solche Kollegen zu Extrabeiträgen herangezogen werden, die regelmäßig in den Versammlungen erscheinen, die anderen aber meistens unbehelligt bleiben.

München. Die General-Versammlung möge sich mit der Anschaffung von Kontrollkarten für die einzelnen Mitglieder befassen.

Begründung: Es wäre dies nur im Interesse der Kollegen zu begrüßen, da die Kollegen in größeren Geschäften einen schriftlichen Nachweis ihrer Verbandsangehörigkeit bringen müssen, das Mitgliedsbuch sich aber oft in den Händen des Kassierers zwecks Kontrolle befindet.

Zentralvorstand. Um der bisher bestehenden großen Begünstigung bei Uebertritt von einer niederen in eine höhere Klasse einen recht großen Prozentsatz der Mitglieder Gelegenheit zu geben, wolle die Generalversammlung beschließen, daß der Schlußtermin bis Ende Dezember 1910 ausgedehnt wird.

Diese Begünstigung soll hauptsächlich eine weitere Ausdehnung des Termins, von dem Gesichtspunkte aus erfahren, daß denjenigen Mitgliedern, welche infolge geringen Verdienstes, heute und in den ersten Wochen, nach Inkrafttreten der neuen Bestimmungen, einen höheren Beitrag nicht zahlen können, innerhalb des Jahres 1910, noch die Möglichkeit zur Anspruchnahme derselben Gelegenheit geboten ist.

Ein freiwilliger oder durch die neuen Satzungen bedingter Uebertritt in eine höhere Klasse, könnte demzufolge, wenn er noch vor dem 1. Januar 1910 erfolgt, nach den alten Bestimmungen in Anrechnung kommen.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909.

Die Struktur des Wirtschaftsjahres 1909 war eine außerordentlich mannigfaltige und vielseitige. Der Jahresanfang traf die in der zweiten Hälfte von 1907 begonnene wirtschaftliche Depressionsperiode auf ihrem tiefsten Stand an; von April an befand sich der deutsche Wirtschaftskörper in einer schwankenden Stellung, die erst im letzten Jahresdrittel eine langsame und stete Festigung erfuhr. Dies geht deutlich aus den Berichten der öffentlichen Arbeitsnachweise, soweit sie an den „Arbeitsmarkt" berichteten, hervor. Danach entfielen auf je 100 offene Stellen Arbeitsuchende:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Jahr 1908	148,5	153,4	138,0	140,2	156,3	147,1
„ 1909	184,9	198,9	165,4	147,3	151,1	154,4
	+ 36,4	+ 45,5	+ 27,4	+ 7,1	— 5,2	+ 7,3

	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Jahr 1908	148,9	152,2	136,5	165,8	210,6	195,2
„ 1909	161,0	146,0	124,0	142,9	169,6	168,9
	+ 12,1	— 6,2	— 12,5	— 22,9	— 41'0	— 26,3

Aus diesen Ziffern ist der wirtschaftliche Umschwung, wie er innerhalb des Berichtsjahres erfolgte, deutlich ersichtlich. Während beispielshalber im Monat Februar auf 100 offene Stellen sich noch 45,5 Arbeitsuchende mehr meldeten als im gleichen Monat des Vorjahres, ist im November das entgegengesetzte Bild zu beobachten, indem gegenüber dem vorjährigen Vergleichsmonat die Zahl der Arbeitsuchenden auf je 100 offene Stellen sich um 41 verminderte. Diese Entwickelung zur Wiederbelebung des deutschen Wirtschaftsmarktes hat auch in den ersten Monaten des Jahres 1910 angehalten, so daß wohl die letzte Wirtschaftskrise als überwunden angesehen werden darf. Der verschiedentlich erwartete große Aufschwung ist allerdings im verflossenen Frühjahr ausgeblieben und zwar aus sehr erklärlichen Ursachen. Zunächst ist gelegentlich der letzten wirtschaftlichen Depressionsperiode in Deutschland, im Gegensatz zu den Ereignissen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, ein eigentlicher Krach nicht zu beobachten gewesen — das deutsche Wirtschaftsleben flaute vielmehr Ende 1907 langsam ab, erreichte im Winter 1908/09 seinen Tiefstand, um sich dann langsam wieder zu erholen — und dann war auch die wirtschaftliche Niedergangsperiode von verhältnismäßig zu kurzer Dauer, als daß unter normalen Verhältnissen ein plötzlicher Aufschwung hätte eintreten können. Die Tatsache ist eben in den letzten Jahren viel zu wenig hervorgekehrt worden, daß die neueren Krisen einen anderen Verlauf nehmen als jene früherer Jahrzehnte. Damals währten die Niedergangsperioden meist 4 und 5 Jahre, wohingegen die vorletzte Krise (1900.03) in einem Zeitraum von 3 Jahren und die letzte (1907/09) innerhalb zweier Jahre sich abspielte. Die vergangene Niedergangsperiode wäre zweifellos noch milder verlaufen, wenn nicht während derselben die Staatshaushalte mittels verhältnismäßig großer Steuervermehrung hätten saniert werden müssen; die längere Zeit andauernde Unsicherheit über etwaige Mehrbelastungen, die verschiedenen Industriezweigen zugedacht waren, wirkten lähmend auf den Wirtschaftskörper zurück.

An der Gewerkschafsbewegung gehen wirtschaftliche Niedergangsperioden nicht spurlos vorbei. Sie hemmen die organisatorische Initiative, unterbinden die agitatorische Stoßkraft und dienen manchen wankelmütigen Mitgliedern zum Anlaß, wieder aus dem Kreis der gewerkschaftlichen Streiter auszutreten. Dennach haben die christlichen Gewerkschaften die beiden Depressionsjahre gut überstanden; sie verfügten Ende 1909 wieder über annähernd die gleiche Mitgliederzahl, wie bei Beginn der Krise Ende 1907 und vermochten selbst in den beiden Jahren darniederliegender Konjunktur ihre Einnahmen noch um mehrere hunderttausend Mark zu steigern.